



Bundesverkehrswegeplan vorgelegt :

Gemeinsam erfolgreich!

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) freut sich, dass im Entwurf zum neuen Bundesverkehrswegeplan wichtige Projekte im Wahlkreis berücksichtigt wurden. „Der Plan ist ein klares Signal für die eine gute und zukunftsfähige Infrastruktur in den Landkreisen Celle und Uelzen“, kommentiert Henning Otte den Entwurf.

Der Plan umfasst alle Infrastrukturmaßnahmen des Bundes für Straße, Schiene, Wasser, die in den nächsten 15 Jahren geplant oder begonnen werden sollen. Dieser sogenannte Referentenentwurf wird ab 21. März 2016 für sechs Wochen zur Öffentlichkeitsbeteiligung ausgelegt, soll planmäßig vor der Sommerpause im Bundeskabinett entschieden werden und anschließend im Rahmen der Ausbaugesetze bis Ende Oktober parlamentarisch beraten und verabschiedet werden.

„Es handelt sich um entscheidende Projekte, die, wie von mir seit Jahren gefordert, im vorrangigen Bedarf berücksichtigt wurden. Jetzt geht es darum, planungsrechtlich so schnell wie möglich voranzukommen und die Projekte innerhalb der nächsten Jahre zielstrebig umzusetzen.“

Der Bau des Lückenschlusses der A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg stellt das größte Einzelprojekt dar. Für Uelzen bedeutet der Bau eine schnelle Verbindung mit den wirtschaftlich starken Räumen Hamburg und Wolfsburg-Braunschweig und damit Chancen für die eigene Entwicklung. Da es möglich ist, zu den qualifizierten Arbeitsplätzen zu pendeln, können Familien hier wohnen bleiben. Betriebe profitieren ebenfalls von

einer guten Infrastruktur. Der Landkreis wird mit der Fertigstellung auch attraktiv für Neuansiedlungen. Aber auch der östliche Landkreis Celle profitiert durch seine Nähe der Autobahn. „Jahrelang habe ich den Bau der A 39 in Berlin konsequent bewor-



ben. Diese Autobahn dient auch einer Entlastung der Anwohner der B 4, über die immer mehr Schwerlastverkehr rollt“, so Otte.

Mit der Berücksichtigung der Ortsumgebung Celle mit allen drei verbleibenden Bauabschnitten steht auch das wichtigste Straßenprojekt in Celle auf der Prioritätenliste. „Der Weiterbau ist von höchster Bedeutung für die Stadt und den Nordkreis, aber auch die Anbindung Richtung Uelzen oder zur künftigen A 39 über den geplanten Zubringer, die B 190 n, ab der B 4 bei Breitenhees. Ich hoffe dementsprechend, dass auch das OVG Lüneburg zu einer positiven Entscheidung kommt“, erklärt der Bundestagsabgeordnete.



Henning Otte und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt.

Foto: nh

Fortsetzung auf Seite 2.

Aus dem Inhalt

Schüler Union tagt in Uelzen	Seite 2
Neues aus dem Bundestag	Seite 3
THW-Präsident zu Gast	Seite 4
Panzerbataillon in Bergen aufgestellt	Seite 5



Bundesverkehrswegeplan vorgelegt :

Gemeinsam erfolgreich!

Fortsetzung von Seite 1

Eine weitere Entlastung von Uelzen ist im Süden bei Veerßen geplant. Hier soll der Verkehr mit einer Verbindung zwischen der bestehenden B 71 und der B 4 aus der Stadt herausgehalten werden.

Deswegen ist für Henning Otte auch die Aufnahme der Ortsumgehung Eschede im Zuge der B 191 in den vordringlichen Bedarf von hoher Bedeutung. Damit werde der Ortskern entlastet und eine gute Anbindung nach Nord-Osten geschaffen.

Erfreulich sei auch, dass Planungsmittel für die Ortsumgehung Bergen freigegeben werden. Damit wird deutlich, dass der Bund die Problematik des starken Durchgangsverkehrs erkenne und Abhilfe schaffen will.

Mit der Aufnahme einer neuen Schleuse am Schiffshebewerk Scharnebeck landet dieses wichtige Projekt für den Hafenhinterlandverkehr von Hamburg ebenfalls im vordringlichen Bedarf. Nach Fertigstellung wird eine Entlastung von Straße und Schiene erreicht. Auch bietet sich die Chance, den Hafen von Uelzen weiter zur Logistikdrehscheibe auszubauen.

Henning Otte begrüßt auch, dass die Alpha-E-Variante zur Abdeckung des Schienengüterverkehrs ebenfalls in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wurde, sodass diese Maßnahme nun schnellstmöglich umgesetzt werden kann. Damit werde



Rückenwind für Uelzen: Die CDU- und SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzenden mit Henning Otte waren kürzlich im Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann in Berlin. Foto: Flasche

ein Streckenneubau vermieden und der Personenverkehr verbleibe komplett auf der Strecke Lüneburg-Uelzen-Celle – wie vom Dialogforum beschlossen.

„Eine gute Infrastruktur ist unabdingbar für die Entwicklung einer Region. Deswegen können wir mit dem Bundesverkehrswegeplan zufrieden sein. Wichtig ist jetzt eine schnelle Umsetzung“, so Otte.

Schüler Union Niedersachsen tagt in Uelzen

Unter dem Thema „Religion in der Schule“ kam in Uelzen am 20. & 21. Februar 2016 der Landesausschuss der Schüler Union Niedersachsen zusammen. Die Schülerinnen und Schüler behandelten Fragen rund um das Thema „Religion in der Schule“ und thematisierten die Vereinbarkeit der verschiedenen Religionen in der Schule. Der Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) folgte der Einladung der Schüler Union Niedersachsen und war bei dem Landesausschuss zu Gast. „Das Erteilen von Religionsunterricht an Schulen ist Bestandteil einer umfassenden Bildung und Werteerziehung und somit als allgemeines Schulfach unerlässlich“, so Otte. Nachdem er sich selbst zu dem Thema „Religion in der Schule“ positionierte, diskutierte er offen mit den Schülerinnen und Schülern über verschiedene Fragen, wie zum Beispiel das Tragen



Henning Otte bei der Schüler Union.

Foto: Moldenhauer

religiöser Bekleidung im Schulalltag, oder ob Werteunterricht den allgemeinen Religionsunterricht ersetzen kann. Darüber hinaus stellte Otte seine Arbeit als Bundestagsabgeordneter in Berlin vor und beantwortete offene Fragen.

Neues aus dem Bundestag

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 17./18. März 2016 in Brüssel. Das Plenum am Mittwoch begann mit der Debatte zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin, die das Parlament über das bevorstehende Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel informierte.

Gesetz zur Weiterentwicklung des Behindertengleichstellungsrechts. Wir planen, das Behindertengleichstellungsgesetz mit einem Gesetzentwurf weiterzuentwickeln, den wir in 1. Lesung beraten haben. Ziel ist es, unter Berücksichtigung der UN-Behindertenrechts-Konvention sowie veränderter gesellschaftlicher und technischer Entwicklungen, die Rechtsstellung von Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Dafür sollen der Begriff der Behinderung mit dem der UN-Behindertenrechts-Konvention vereinheitlicht, neue Bestimmungen aufgenommen, um einer verbesserten Barrierefreiheit Rechnung zu tragen, aber auch barrierefreie Informationstechnik innerhalb der Bundesverwaltung bereitgestellt werden. Die vorgesehenen Änderungen umfassen u.a. die Einführung effektiverer Instrumente zur Durchsetzung der Barrierefreiheit bei der Vergabe von Zuwendungen und Zuweisungen im Rahmen institutioneller Förderung durch die Bundesverwaltung sowie den Einsatz leichterer Sprache zur Erleichterung für Menschen mit geistigen Behinderungen. Daneben soll eine Bundesfachstelle eingerichtet werden, die in Fragen der Barrierefreiheit berät und unterstützt. Eine Schlichtungsstelle bei der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und ein kostenloses Schiedsverfahren sollen die Durchsetzbarkeit von Rechten behinderter Menschen erhöhen.

Gesetz zur Reform der Pflegeberufe (Pflegeberufereformgesetz – PflBRefG). In 1. Lesung haben wir das Gesetz zur Vereinheitlichung des Berufsbildes des Pflegers beraten. Dazu wird eine gemeinsame Ausbildung eingeführt, die allgemeine und spezielle Kompetenzen vermittelt. Bisher geschah dies durch gesonderte Ausbildungen (Gesundheits- und Krankenpflege, Kinderkrankenpflege, Altenpflege). Der Zugang zur kostenfreien Berufsausbildung wird auch weiterhin Hauptschülern, die über eine zehnjährige abgeschlossene Schulbildung verfügen, offen stehen. Die Finanzierung der Berufsausbildung erfolgt im Wege eines von allen Akteuren des Pflegesektors getragenen einheitlichen Landesausbildungsfonds, wobei ein bundesweites Umlageverfahren Wettbewerbsnachteile zwischen Auszubildenden und Nichtauszubildenden künftig beseitigen wird. Auch wird das Ausbildungsspektrum um ein berufsqualifizierendes Pflegestudium erweitert.

Gesetz zur Einführung beschleunigter Asylverfahren („Asylpaket II“). In 2./3. Lesung beschlossen wir Änderungen im Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz. Sie umfassen zum einen



beschleunigte Asylverfahren für Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sowie für Folgeantragsteller und ihren Mitwirkungspflichten nicht nachkommenden Asylbewerbern. Zum anderen regeln wir die zur Durchführung dieser Maßnahme eingerichteten Aufnahmeeinrichtungen. Zudem werden wir den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte für zwei Jahre aussetzen. Flüchtlinge können an den Kosten für Integrationsmaßnahmen beteiligt werden.

Gesetz zur erleichterten Ausweisung von straffälligen Ausländern und zum erweiterten Ausschluss der Flüchtlingsanerkennung bei straffälligen Asylbewerbern. Der Gesetzentwurf, den wir in 2./3. Lesung beschlossen haben, beinhaltet Konsequenzen aus den Ereignissen in Köln in der Silvesternacht. Wir ziehen in zweierlei Hinsicht die richtigen Lehren: Zum einen können straffällige Ausländer künftig leichter abgeschoben werden, zum anderen werden wir straffällige Asylbewerber schneller die Flüchtlingsanerkennung verweigern. Bei Asylsuchenden reicht künftig eine Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr statt bisher von drei Jahren aus, um ihnen die Anerkennung zu verwehren. Für alle in Deutschland lebenden Ausländer gelten künftig schärfere Ausweisungsregeln. Seit dem 1. Januar 2016 gilt das neue Ausweisungsrecht, bei dem das Abschiebeinteresse gegen das Bleibeinteresse abgewogen wird. Künftig wird ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse bereits dann vorliegen, wenn ein Ausländer wegen bestimmter Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe verurteilt worden ist, unabhängig davon, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist. Das Ausweisungsinteresse ist dann bereits besonders schwerwiegend, wenn eine rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr erfolgt ist. Damit stellen wir sicher, dass nur diejenigen Personen Schutz und Unterstützung in Deutschland erhalten, die diese auch tatsächlich verdienen und die sich dieser würdig erweisen.

THW-Präsident Broemme zu Gast in Celle

Vor Kurzem war Albrecht Broemme, Präsident des Technischen Hilfswerks zu Gast in Celle. Der Präsident des THW war der Einladung des Bundestagsabgeordneten Henning Otte nach Celle gefolgt und hielt vor ca. 30 Gästen einen Vortrag unter dem Titel „Ehrenamt im Einsatz – international, national, lokal“ in der Congress Union.

Broemme, der seit 2006 Präsident des THW ist, referierte sowohl über das Ehrenamt als auch über die Flüchtlingssituation. Beim THW engagieren sich 80.000 Helferinnen und Helfer bundesweit, wodurch das Ehrenamt eine hohe Bedeutung erhält. Man müsse die Ehrenamtlichen fördern, aber nicht überfordern, so Broemme. Der Präsident machte auf das Problem aufmerksam, dass das Ehrenamt mit dem Berufsleben und der Familie zunehmend schwieriger zeitlich koordinierbar sei. Vor allem der immer weiter ausbauende Schichtdienst werde zum Problem, wenn es um die Terminansetzung von Übungen und Ausbildungsmaßnahmen der Ehrenamtlichen gehe, so Broemme. Das THW müsse sich der Herausforderung kontinuierlich stellen, das Ehrenamt attraktiv zu gestalten. Der Präsident des THW lobte nicht nur die 80.000 Ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer des THW, sondern auch die weit verbreitete



Präsident Broemme im Gespräch mit Ehrenamtlichen in der Congress Union Celle.

Foto: nh

Hilfsbereitschaft innerhalb der Gesellschaft. Als Beispiele hierfür nannte er die hohe Bereitschaft bei dem Jahrhunderthochwasser 2013 und bei der Flüchtlingskrise. Broemme lobte insbesondere das Aufnahmelager für Flüchtlinge in Bad Fallingbostel, welches er vor seinem Besuch in Celle besichtigte. Besonders die Koordination der Flüchtlinge sei sehr gut strukturiert. Broemme bezeichnete das Aufnahmelager in Bad Fallingbostel als eines der am vorbildlichsten geführten Flüchtlingseinrichtungen der Bundesrepublik.

Europäische Einlagensicherung besprochen

Der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU) lud die Vorstände der Volksbanken und Sparkassen zu einem Gespräch zusammen mit seinem Kollegen Ralph Brinkhaus, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Bereich Haushalt, Finanzen und Kommunalpolitik, zur geplanten europäischen Einlagensicherung ein. Anlass war, dass die Europäische Kommission beabsichtigt, die Einlagensicherung, die bereits innerhalb Deutschlands besteht, auf die europäische Ebene auszuweiten. Hierzu kamen Axel Lohöfener, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Celle, Frank Bonin, Vorstand der Volksbank Südheide, Gerhard Oppermann, stellvertretender Vorstandssprecher der Hannoverschen Volksbank, Hans-Joachim Lohkamp, Vorstand der Volksbank Uelzen-Salzwedel und Dirk Köhler, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg mit dem Bundestagsabgeordneten zusammen.

Nicht nur der Bundestag votierte mehrheitlich gegen den Vorschlag der Kommission. Auch die Bankvorstände der Sparkassen und Volksbanken wenden sich vehement gegen diese Vergemeinschaftung der Einlagensicherung. Dagegen hoffen Länder wie Italien, mit diesem Instrument ihre Geldhäuser zu stabilisieren.

Die örtlichen Sparkassen- und Volksbankchefs betonten, dass die Geschäftsbanken, insbesondere aus dem Ausland, ganz andere Risiken eingegangen sind und auch im Bereich Internet-Banking den regionalen Instituten das Leben schwer machten. Jetzt auch noch dafür die Haftung mit übernehmen zu müssen, sei weder fair noch entspreche das den eigenen Möglichkeiten. Wenn überhaupt eine Vergemeinschaftung der Risiken in Frage käme, müssten zuvor die Risiken bei den ausländischen Banken vermindert werden. Erst dann könne man über eine gemeinsame Haftung reden. So sei insbesondere die Eigenkapitalunterlegung für Staatsanleihen unabdingbar.

Auch wenn eine Einlagensicherung käme sei auf die Proportionalität des Geschäftsvolumens zu achten. „Wir benötigen eine Auswirkungsstudie“, so die Vorstände unisono. Henning Otte, der nach seinem Abitur selbst eine Ausbildung bei der Sparkasse absolviert hat, betonte auch die Bedeutung der regionalen Institute für den heimischen Mittelstand. Er sicherte zu, sich weiterhin für die gewachsene, erfolgreiche Struktur der deutschen Geldinstitute einsetzen zu wollen: „Das sind wir unsern Sparern, aber auch den kleinen und mittleren Unternehmen schuldig“, so Otte.

Panzerbataillons 414 in Bergen aufgestellt

Erstmals wurde ein deutsch-niederländisches Panzerbataillon aufgestellt und einer niederländischen Brigade unterstellt. Diese wiederum wurde der deutschen 1. Panzerdivision unterstellt.

„Mit dem heutigen Tag sind die deutschen und niederländischen Streitkräfte eine enge Kooperation eingegangen. Beide Nationen werden ihre bisherige erfolgreiche Zusammenarbeit auf eine neue Stufe stellen.

Zum ersten Mal wird eine niederländische Kompanie fester Bestandteil eines deutschen Verbandes, dem neu in Dienst gestellten Panzerbataillon 414 in Bergen sein“, erklärte der heimische Bundestagsabgeordnete Henning Otte (CDU). Das binationale Bataillon wird der niederländischen



Henning Otte spricht beim Appell in Bergen.

Foto: Lange

43. Mechanisierten Brigade unterstellt, welche wiederum in die deutsche 1. Panzerdivision integriert sein wird. Deutsche und niederländische Einheiten werden wechselseitig unterstellt sein. Das zeigt den Willen zweier souveräner Staaten zur Kooperation auf Augenhöhe.

Otte: „Die binationale Zusammenarbeit verstärkt die gepanzerten Kräfte beider Nationen und den Zusammenhalt innerhalb der NATO. Dieses Projekt ist ein bedeutender Beitrag zur Stärkung der militärischen Fähigkeiten der EU und der NATO. Die enge Verzahnung von Kräften wird Europas Sicherheit und Handlungsfähigkeit stärken. 18 der 48 modernen Leopard 2 Panzer des Bataillons mit den jeweiligen Besatzungen werden

zukünftig aus den Niederlanden stammen. Das Panzerbataillon wird ein Aushängeschild der Zusammenarbeit innerhalb Europas. Bereits 2019 wird das Bataillon als Teil der schnellen Speerspitze der NATO einen zentralen Beitrag zur Sicherung Europas leisten.“

Die Aufstellung des neuen Panzerbataillons 414 und die gegenseitige Unterstellung der Verbände sind auch eine Folge der sich veränderten Sicherheitslage. „Unse-

re Streitkräfte stehen im Zentrum unserer Sicherheit in Europa und müssen auf jede sicherheitspolitische Lage eine Antwort geben können. Es steht außer Zweifel: hierfür brauchen wir hochprofessionelle und gut ausgerüstete Streitkräfte. Streitkräfte, die sowohl Landes- und Bündnisverteidigung als auch den Einsatz zur

internationalen Krisenbewältigung beherrschen.“

Der Standort Bergen hat aufgrund der guten Infrastruktur, einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung und der militärischen Verdichtung die besten Voraussetzungen. Das Panzerbataillon 414 wird ein Kernelement des Heideverbundkonzeptes, welches verschiedene Bundeswehrstandorte in Niedersachsen zu einem Center of Excellence der Streitkräfte verbindet. Im Großraum Lüneburger Heide besteht ein einmaliger Verbund aus Training und Ausbildung, aus Land- und Hubschrauberkräften, aus Übung und scharfem Schuss, um die Bundeswehr auf alle Einsätze optimal vorzubereiten.

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Dr. Svend Moeller



Sophie von Magnis



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle
Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen
Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43
Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Henning Otte, MdB

